

Keine Mehrheit von den Stadtverordneten zu den dringenden Kanalbaumaßnahmen



Stadt
Heringen
(Werra)

DER BÜRGERMEISTER

Heringen (Werra), 14.09.2015

PRESSEMITTEILUNG

Und wieder gab es keine Mehrheit von den Stadtverordneten zu den dringenden Kanalbaumaßnahmen in der Wölfershäuser Straße überhaupt zu beraten

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Gefahr ist groß, dass die mit Chloriden stark belasteten und sporadisch in unsere Kanäle eindringenden Grundwässer weiter größten Schaden an unserer Kläranlage anrichten.

Ich will es wirklich verhindern, dass Heringen wegen des möglichen Umkippen der Kläranlage zudem im Zusammenhang mit den Auswirkungen von über 110 Jahren Bergbau, bundesweit in die Schlagzeilen gerät. Das wäre dann jedoch unweigerlich der Fall.

Ich denke, wir sind uns einig, dass die Geschehnisse der letzten Tage schon schlimm genug waren und man noch mehr Aufmerksamkeit wirklich nicht braucht.

Wir hatten schon vor einigen Jahren von der Universität Kassel ein Gutachten zum möglichen Zeitpunkt des Kippens der Kläranlage in Auftrag gegeben, jedoch konnten die Fachleute wegen der speziellen Situation keine auch nur halbwegs sichere Aussage dazu treffen.

Aufgrund dieser Feststellungen erklärte daraufhin ein Vertreter des Hessischen Umweltministeriums, dass damit die Verantwortung für einen sicheren Betrieb der Kläranlage beim Bürgermeister persönlich liegen würde. Nicht die Verursacher der Chlorideinträge oder die Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden sollen bei Schäden demnach verantwortlich gemacht werden können, sondern ich als Bürgermeister.

Sollte ich bei starken Zuläufen chloridhaltiger Grundwässer den Bereich zu früh abschiebern und Fäkalien in die Werra gelangen, müsse ich mit einem Strafverfahren rechnen. Sollte ich zu spät abschiebern und die Kläranlage kippen, wäre es nicht anders und dann geht es vermutlich sogar noch um Schadenersatz.

Diesen Umstand habe ich auch den Stadtverordneten mitgeteilt und immer wieder gemahnt, dass wir so schnell als möglich bauen müssen.

Persönlich halte ich die Schuldtheorie des Ministeriumsvertreters für kaum umsetzbar, zumal den Chlorideintrag ein anderer verursacht hat, und zwar erkennbar unter den Augen und mit Wissen der Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden. Eine eigene sichere Handlungsmöglichkeit blieb mir zudem durch die jahrelange Blockadehaltung einer Mehrheit der Parlamentarier kaum. Jede Menge Ärger und erhebliche rechtliche Auseinandersetzungen wären aber vermutlich unvermeidlich.

Würde es darum gehen, einen möglichen großen Schaden und einen weiteren Imageverlust des Kalireviere zu verhindern, hätten die Stadtverordneten der CDU, SPD und UL den schnellen Bau des Trennsystems m. E. unterstützen müssen, anstatt ihn mit immer neuen Blockaden zu verhindern bzw. sogar zu beantragen, ihn bis 2021 ganz zu stoppen. Wem könnte zudem so eine Verschiebung von Nutzen sein, insbesondere in Anbetracht der Gefahr für die Klärsysteme und einem dann wirklich gewaltigen Schaden sowie bundesweiter Aufmerksamkeit? Es wäre vielmehr Wasser auf die Mühlen, derjenigen, die die hiesige Kaliindustrie ohnehin immer heftiger angreifen.

Man könnte meinen, dass es manchen geradezu darum geht, einen großen Skandal zu provozieren und anschließend mit größter Empörung politisch zu nutzen. Bei anderen Akteuren hat es den Anschein, dass man Angst davor hat, dass mit der ersten Baggerschaufel klar wird, wie die gewaltigen kontaminierten Wassermassen seit Jahrzehnten in unsere Kanäle kommen.

Genau darum werden die Verantwortlichen jedoch ohnehin nicht umhin kommen. Das hätte man sich vorher überlegen müssen.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

das, was passiert ist, können wir nicht zurückdrehen oder ungeschehen machen, zumindest aber müssen wir die Sache mit einem aufzubauenden Trennsystem soweit entschärfen, dass Schäden an den Klärsystemen möglichst vermieden werden. Andernfalls wäre das eine Katastrophe.

Sollte ich für mich erkennen, dass man nur wieder einen Grund sucht, mich verklagen zu können, wie das schon so oft, teuer und immer erfolglos getan wurde und man den durch die Dauerblockade zu befürchtenden Schaden allein zu diesem Zweck in Kauf nimmt und ggf. politisch nutzen möchte, dann bitte ich um Verständnis, dass ich dann meinerseits alle aufgefundenen Akten in dieser Sache an die Staatsanwaltschaft geben werde. Mein Ziel ist das ausdrücklich nicht.

Sie sollten verstehen, dass ich mich nicht nochmals für die Fehler und Verantwortungslosigkeiten anderer vor Gericht zerren lasse.

Hans Ries

Ansprechpartner

Hans Ries
Tel.: (06624)933-200
Fax: (06624)933-100